

Neuer Vorstand – neues Programm

Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte in Bayern

Ein deutliches Signal nach außen wie nach innen setzte die bayerische Landesversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte e.V. (FVDZ) am 18. und 19. Juli 2008 in Schweinfurt. Mit überwältigenden Mehrheiten wurde nicht nur ein neues Führungsteam gewählt, sondern auch ein neues Programm verabschiedet.

Neuer Landesvorsitzender des größten zahnärztlichen Berufsverbandes ist Dr. Jürgen Welsch aus Hofheim in Unterfranken. Er erreichte mit einer Zustimmung von 96 Prozent der abgegebenen Stimmen ein Rekordergebnis. Auch seine beiden Stellvertreter, Dr. Manfred Kinner, München, und Dr. Reiner Zajitschek, Döhlau/Oberfranken, durften sich über ähnlich hohe Zustimmung freuen. Diese drei Kollegen bilden nun den geschäftsführenden Landesvorstand des FVDZ in Bayern. Fünf ebenfalls neu gewählte Beisitzer (Dr. Andrea Albert, Dr. Manfred Albrecht, Dr. Thomas Sommerer, Dr. Christian Öttl und Dr. Andrea Jehle) werden das Führungstrio unterstützen. Komplettiert wird der Landesvorstand durch die Vorsitzenden der Bezirksgruppen Dr. Rolf-Jürgen Löffler, Oberbayern, Dr. Jens Kober, München, Dr. Werner Krapf, Schwaben, Dr. Willi Scheinkönig, Mittelfranken, Dr. Manuel Eichinger, Unterfranken, Zahnarzt Jörg Weishaupt, Oberpfalz, und Dr. Rüdiger Schott, Oberfranken.

Für die Versammlungsleitung sind Dr. Oliver Tarenz, Dr. Horst-Dieter Wendel und Dr. Hans A. Huber zuständig. Als Kassenprüfer fungieren die FVDZ-Urgesteine Dr. Gunther Lichtblau und Dr. Franz Deister mit ihren Stellvertretern Dr. Wolfgang Bauer und Dr. Dietmar Klement.

Teamgeist steht im Vordergrund

„Der FVDZ in Bayern ist wieder da! Unser politisches Programm wurde mit großer Geschlossenheit abgestimmt. Wir haben fast alle Beschlüsse einstimmig verabschiedet. Lediglich bei einem Antrag gab es drei Gegenstimmen“, freut sich der neue Vorsitzende Dr. Jürgen Welsch. Politik, Krankenkassen und Körperschaften müssten ab sofort wieder mit dem bayerischen FVDZ rechnen, kündigt Welsch an. Dieser Vorstand habe genügend Potenzial und Erfahrung,

Dinge im Sinne der Kollegenschaft in Bewegung zu bringen. „Immer dann, wenn Selbstverwaltung zum Selbstzweck wird, werden wir uns in aller Deutlichkeit zu Wort melden“, lässt der geschäftsführende Landesvorstand verlauten. Aufgabenteilung und Teamgeist stünden im Vordergrund. Einsame Entscheidungen werde es unter der Flagge des FVDZ Bayern nicht geben.

In einer Resolution stellte die Landesversammlung fest, dass eine gute und flächendeckende zahnmedizinische Versorgung der Bevölkerung nur durch freiberufliche Praxen gewährleistet werden kann. Planwirtschaftliche und leistungsfeindliche Bestimmungen schaden Patienten und Zahnärzten gleichermaßen. Konsequenterweise fordert der bayerische FVDZ die Aufhebung der Budgetierung auch bei den Zahnärzten und mehr Wahlmöglichkeiten für die Patienten hinsichtlich ihrer Therapie. Derzeit sei dies für die Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung in vielen Bereichen nur unter Verlust ihres Kassenzuschusses möglich.

„Fonds hat keinerlei Vorteile“

Scharfe Kritik musste sich die zwischenzeitlich auch vom Wähler abgestrafte CSU wegen ihrer Zustimmung zum Gesundheitsfonds gefallen lassen. Speziell in Bayern verursache der Fonds höhere Beiträge bei



Der neu gewählte Landesvorstand: Dr. Oliver Tarenz, Dr. Manfred Albrecht, Dr. Horst-Dieter Wendel, Dr. Andrea Albert, Dr. Thomas Sommerer, Dr. Reiner Zajitschek, Dr. Willi Scheinkönig, Dr. Jürgen Welsch, Dr. Manuel Eichinger, Dr. Manfred Kinner, Dr. Christian Öttl, Dr. Werner Krapf, Dr. Rüdiger Schott, Dr. Jens Kober, Zahnarzt Jörg Weishaupt und Dr. Rolf-Jürgen Löffler (v.l.n.r.)

weniger Leistung. Welsch hierzu: „Der Fonds hat keinerlei Vorteile für Patienten oder Zahnärzte. Es wird ein undurchsichtiger und teurer Geldverschiebebahnhof geschaffen, der allenfalls dem Erhalt der Großen Koalition in Berlin nutzt.“

Die bayerische Landesversammlung distanzierte sich in aller Deutlichkeit von den Bremer Beschlüssen und setzte damit auch ein Zeichen in Richtung der Hauptversammlung des FVDZ im Herbst in Saarbrücken. Einstimmiger Beschluss: „Die Landesversammlung des FVDZ Bayern hält es für sinnvoll, dass Verbandsmitglieder sich in zahnärztlichen Organisationen und Körperschaften engagieren mit dem Ziele, die Handlungs- und Ermessensspielräume im Sinne der Satzung des FVDZ zu nutzen.“ Gleichzeitig werden alle Freiverbandler jedoch in die Pflicht genommen, auch die Grenzen der zahnärztlichen Interessensvertretung in den Körperschaften aufzuzeigen. Begründung: „Die Umsetzung staatlicher Diktate darf weder in den Kammern noch in den KZVen als Erfolgsmodell dargestellt werden.“ Damit gehöre die in Bayern seit der FVDZ-Hauptversammlung in Bremen praktizierte Unterscheidung in eine „gute“ Kammer und eine „böse“ KZV ebenfalls der Vergangenheit an.

Körperschaften sollen mit offenen Karten spielen

Ab sofort seien beide Körperschaften in der Pflicht, den Zahnärzten gegenüber mit offenen Karten zu spielen. Von Kollegengeldern bezahlte Presseprodukte, die lediglich Machtlosigkeit oder Misserfolge kaschieren sollten, seien da nicht gefragt. Vielmehr solle allen Körperschaften eine sparsame Haushaltsführung auferlegt werden. Eine unangepasste Erhöhung von Zwangsbeiträgen ohne vorherige konsequente Auslotung von Synergien und wirtschaftlichen Reserven sei von den bayerischen Praxen nicht zu verkräften.

Mit Blick auf die geplante Änderung der Musterweiterbildungsordnung der Bundeszahnärztekammer (BZÄK) votierten die Delegierten, ebenfalls einstimmig, gegen eine von Kammerseite sanktionierte weitere fachliche Differenzierung der Zahnärzteschaft. Jeglichen Bemühungen von Hochschulen, etwa für postgraduale Masterstudiengänge neue Fachzahnarzttitle einzuführen, sei strikt entgegenzutreten, heißt es. Die Hochschulen müssten weiterhin berufsfertige Zahnärztinnen und Zahnärzte ausbilden, statt auf die bekanntermaßen enorm gewinnträchtige postgraduale Weiterbildung zu setzen. Nachdem auch die Vollversammlung der KZVB einen ähnlichen einstimmigen Beschluss gefasst



Landesvorsitzender Dr. Jürgen Welsch mit seinen beiden Stellvertretern Dr. Reiner Zajitschek (links) und Dr. Manfred Kinner (rechts)

hat, müssen sich BZÄK-Verantwortliche und Hochschullehrer auf rauen Gegenwind aus Bayern gefasst machen.

Scharfe Kritik ernteten auch die Prämissen, unter denen die GOZ novelliert beziehungsweise BEMAnivelliert werden soll. Die geplante Einführung von elektronischer Gesundheitskarte und Basis-tarif stieß ebenfalls auf klare Ablehnung. Auch Selektivverträgen, welche die Zahnärzteschaft zersplittern beziehungsweise zu einer Einschränkung privatrechtlicher Vertragsmöglichkeiten führen würden, wurde eine deutliche Absage erteilt.

Bayern möchte auf Bundesebene mitreden

Bei dieser Beschlusslage sind Diskussionen in Kammer und KZVB vorprogrammiert. Hier steht der neue Vorstand für einen neuen Stil. „Wir sind nach allen Seiten für Gespräche offen, möchten gerne überzeugen, aber niemandem unsere Meinung aufzwingen. Der FVDZ ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Akademikern, die ihren Berufsstand voranbringen möchten.“ Hierbei müssten natürlich auch Widerstände überwunden werden. Anstand dürfe keinesfalls mit Schwäche verwechselt werden, so der geschäftsführende bayerische Landesvorstand.

Nach den Turbulenzen des letzten Jahres möchte Bayern auch auf Bundesebene wieder ein gewichtiges Wort mitreden. Die wichtigsten Entscheidungen für den zahnärztlichen Berufsstand in Politik und Selbstverwaltung fielen nicht auf Landesebene, sondern eine Etage höher. Eine Berufsvertretung, die nur in Bayern agiere und keine übergeordnete, bundesweite Struktur habe, werde in ihren Möglichkeiten, aber auch in ihren Perspektiven, stets eingeschränkt bleiben, so der neue Landesvorsitzende Dr. Jürgen Welsch.

Dr. Reiner Zajitschek

Stv. Landesvorsitzender des FVDZ – Landesverband Bayern